



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/251 - 29.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Folgen des "Antimarkismus"	S. 1
Königin Elizabeth und das Fernsehprogramm	S. 3
SPD, CDU und die Kommunalwahlen	S. 5
Kirche und Politik	S. 6

Herr Klagges wittert Morgenluft

(sp) Vor den Schranken des Braunschweiger Schwurgerichtes steht zum zweiten Male der ehemalige nationalsozialistische Ministerpräsident von Braunschweig, Dietrich Klagges, ein Mann, mit dessen Namen ein düsteres Kapitel aus der Zeit der Hitlerschen Machtergreifung verbunden ist.

Klagges war vor zweieinhalb Jahren aufgrund des Kontrollrats-Gesetzes über Verbrechen gegen die Menschlichkeit von demselben Schwurgericht wegen erwiesener Mordtaten an politischen Gegnern zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Verfolgungen, Gewalttaten, Folterungen und Morde, die entweder im Auftrag Klagges' oder mit seinem Wissen verübt wurden, geschahen in den Jahren 1932 und 1933. Noch heute gibt es Überlebende, die an ihren geschundenen Körpern die Wundmale dieser Leidenszeit tragen.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgte aus formellen Gründen. Das Schwurgericht hat nun, da Verteidigung und Staatsanwaltschaft Revision eingelegt hatten, über ein neues Strafausmaß unter Beachtung des deutschen Rechtes zu befinden. Keine neuen materiellen Gründe sind in der Zwischenzeit aufgetaucht, die eine Linderung oder Herabsetzung der Strafe befürworten würden.

Aber neu ist die Art der Verteidigung Klagges'. Gleich am ersten Verhandlungstag versuchte er, die begangenen Greuelthaten als "Befreiung des deutschen Volkes vom Marxismus" zu rechtfertigen.

Der Kampf gegen den Marxismus war ihm "ein heiliges Ziel - und das ist es mir auch heute noch" und er sagte dies, nach einem vorliegenden Bericht, mit dem spürbaren Unterton eines Mannes, der angesichts der jüngsten Ereignisse, wie sie sich mit der Partisanenorganisation des BDI abspielten, Morgenluft wittert.

Hier wird eine Gesinnungsverwandtschaft erkennbar, die von der Kerzelle des verurteilten Klagges bis weit in die Reihen der Regierungsparteien reicht. Die bewußte Verfälschung der Begriffe von Kommunismus, Marxismus und Sozialismus zeitigt nun unselige Früchte. Die vereinfachende Gleichsetzung dieser drei Begriffe wird natürlich mit Wonne von allen denen aufgegriffen, die schon in der Zeit des Nazismus nach den gleichen Spielregeln zu denken und zu handeln erzogen worden sind und darin eine von den Regierungspropagandisten als nachahmenswert erstrebte Meisterschaft erreichten.

Das deutsche Volk und die Welt kennen die Folgen. Die propagandistischen Spielereien mit dem Wort "Antimarkismus" knüpfen bewußt oder unbewußt an die Gedankenwelt des Nazismus an.

Bei der Bundestagsdebatte über den BDI hat die Haltung des Bundesinnenministers Lehr größte Bedenken ausgelöst, wonach jeder willkommen sei, der bereit ist, gegen den "Kommunismus" zu kämpfen. Diese Formulierung hat zunächst etwas Verführerisches an sich. Aber die Gleichsetzung von Kommunismus und freiheitlichem Sozialismus muß dazu führen, daß auch jeder Kämpfer gegen den freiheitlichen Sozialismus willkommen geheißen wird, und sich angerufen fühlt. Man darf sich dann nicht wundern, wenn aus unbelehrbaren Kreisen der alten SS und aktiver Nationalsozialisten solche Äußerungen, wie die von Klagges, laut werden. Sie fallen auf einen fruchtbaren und von der Regierungspropaganda gut vorbereiteten Boden.

Die Grundlage des Antimarkismus ist völlige Unwissenheit und Unkenntnis der Materie. Die sogenannten Antimarkisten von heute übernehmen, um mit Schumacher zu sprechen, die Propagandaformeln, mit denen die Hitler-Diktatur zur Macht gekommen ist. Sie haben ihnen geistig nichts Neues hinzugefügt. Sie appellieren dementsprechend auch an die alten Instinkte der zwölf Jahre und erhoffen sich daraus eine Antipathie gegen die Sozialdemokraten neu zu erwecken.

Die Folgen können nicht ausbleiben, und das politische Leben Westdeutschlands zeigt sie täglich. Unter der geistlosen Parole des Antimarkismus sammeln sich in der Bundesrepublik bis tief in die Regierungsparteien hinein alle Kräfte und Strömungen, denen der demokratisch-freiheitliche Sozialismus Inbegriff des Bösen ist. Die Regierungspropaganda ist an dieser Entwicklung durch die ständige Diffamierung der Sozialdemokratie als der "Vorstufe zum Kommunismus" nicht unschuldig.

Die Krone und der Fernsehschirm

Von unserem Londoner B.C.-Korrespondenten

Die britische Öffentlichkeit ist unberechenbar. Gegenwärtig beschäftigt sie sich weniger mit Vermutungen über den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl, der UNO-Versammlung, den kommenden parlamentarischen Kämpfen um die Entstaatlichung von Stahl und Straßen-transport, als vielmehr darüber, ob der am 2. Juni 1953 in der Westminster-Abtei stattfindende feierliche Akt der Krönung der Königin Elizabeth auf dem Fernsehnetz übertragen oder nur verfilmt werden soll. Präzedenzfälle, die normalerweise alles, was mit der Krönung zusammenhängt entscheiden, sind aus dem einfachen Grund nicht vorhanden, weil es zur Zeit der letzten Krönung im Jahre 1937 noch kein wirksames Fernsehen gab.

Zehn Millionen Briten hatten damit gerechnet, daß sie zum ersten Mal in der Geschichte sozusagen der Krönung beiwohnen könnten, als die Entscheidung bekanntgegeben wurde, die der Unterausschuß des Großen Krönungsrates gefällt hatte, Fernsehübertragung würde nicht zugelassen werden. Die Enttäuschung im Publikum ist allgemein und hat bereits in scharfen Stellungnahmen fast aller Zeitungen, in zahllosen Briefen aus der Leserschaft und in einer Flut von Anfragen im Parlament Ausdruck gefunden.

In erster Linie verantwortlich für den Beschluß sind der Erzbischof von Canterbury und der Herzog von Norfolk, die beide von Amts wegen dem Ausschuß zur Festlegung des Programms der Krönungsfeierlichkeiten angehören - der erstere als Primat der Kirche von England, und der letztere in seiner Eigenschaft als Obersthofmarschall, dessen Amt in der herzoglichen Familie der Norfolk seit dem Mittelalter erblich ist.

Rücksicht auf die Königin

Die amtlich angegebenen Gründe für das Fernsehverbot sind, daß erstens die Strapazen, die der Königin durch das lange Zeremoniell der Krönung auferlegt werden, sowieso schon so schwer sind, daß man ihr nicht auch noch das Bewußtsein zumuten kann, dabei von zehn

Millionen ihrer Untertanen beobachtet zu werden, zweitens, daß die an der Amtswaltung Beteiligten durch die Fernsehkameras nervös gemacht und Fehler begehen würden (1937 ließ z.B. der damalige Erzbischof im entscheidenden Moment beinahe die Krone fallen, was man dem Lampenfieber vor den Wochenschaukameras zuschrieb), und drittens, daß eine so heilige Handlung, wie die der Krönung unmittelbar vorangehende Kommunion nicht von Leuten mitangesehen werden dürfe, die womöglich in Hemdsärmeln vor dem Fernsehschirm saßen und dabei Bier tranken !

Der Unterausschuß hatte die Entscheidung getroffen, ohne erst den verantwortlichen Großen Krönungsrat zu befragen. Seit dem Sturm in der Öffentlichkeit jedoch hat sich dieses Hauptorgan mit der Sache befaßt, und es soll bei der Sitzung zu heftigen Zusammenstößen zwischen den "Traditionalisten" (Erzbischof, Herzog von Norfolk und Premierminister Churchill) auf der einen, und den Anhängern der Idee der "Demokratischen Volksmonarchie" (Herzog von Edinburgh und Oppositionsführer Attlee) auf der anderen Seite gekommen sein.

Wird das Verbot revidiert ?

Daß nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von ein paar tausend erlesener Gäste innerhalb der Abbey der Krönung beiwohnen sollten (zwei oder drei reiche amerikanische Erbinnen sollen drauf und dran sein, schnell noch in den erblichen Hochadel Englands hineinzuheiraten, um sich den Einlaß zu sichern), wird im Volke als eine unerträgliche Begünstigung des erblichen Privilegs empfunden, die mit dem Gedanken der Volksmonarchie unvereinbar ist. Aber gerade aus diesem Grunde sind ja die "Traditionalisten" dafür.

Die Fernseh Abteilung der B.B.C. hat heute schon soviel technische Erfahrung und Takt in der Handhabung schwieriger Sendungen, daß man, so meinen die Verfechter der Krönungsübertragung, ihr vertrauensvoll das Programm überlassen könne, ohne "unziemliche" Zwischenfälle befürchten zu müssen. Es ist daher wohl anzunehmen, daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung der Große Krönungsrat die Entscheidung des Ausschusses rückgängig machen und die Fernsehsendung des Krönungsaktes genehmigen wird. Damit wäre dann für alle Zukunft ein neuer Präzedenzfall geschaffen - was im traditionsliebenden England so gut wie Gesetz wäre.

+ + +

"Deine Gemeinde in deiner Hand"

H.H. Der Wahlkampf um die rund 150.000 Vertreter in den Kommunalparlamenten der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz nähert sich seinem Höhepunkt. Das Straßenbild ist überall von zwei Plakaten beherrscht.

Die stärkste Anziehungskraft übt das künstlerisch gut aufgemachte Standardplakat der SPD aus mit der Mahnung: "Deine Gemeinde in deiner Hand". Eindrucksvoll wird hier die Gemeinde als Urzelle im demokratischen Staatsaufbau eines Gesamtdeutschlands dargestellt. Die Gemeinde ruht in der Hand des Bürgers. Wohl kaum wurde bisher die gemeindliche Selbstverwaltung, wie sie dem Bürger seit den Zeiten Steins aufgegangen ist, bildlich eindrucksvoller gezeigt.

Freiherr vom Stein schrieb in seiner Denkschrift über die Städteordnung von 1808:

"Man bedarf zu Stadtverordneten keiner Menschen von gelehrter Bildung, sondern Menschen, die durch Lebenserfahrung, die sie aus ihrem Beruf schöpfen, gereift sind. Menschen, die ihre Gemeinde lieben und kennen. Die ihnen zugewiesenen Aufgaben liegen im Bereich des gesunden Menschenverstandes, treuer und wohlwollender Gesinnungen".

Das war von jeher der Grundsatz sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Sozialdemokratische Gemeindevertreter waren es, die die sozialen Fragen in die kommunalen Parlamente gebracht haben. Auf ihre Initiative sind in der Hauptsache die fortschrittlichen Einrichtungen in der Gemeindeverwaltung entstanden. Vieles, was heute von den Kommunalpolitikern aller Parteien als selbstverständlich hingenommen, eingerichtet oder angewendet wird, ist erst von Sozialdemokraten gefordert und gegen heftigen Widerstand in jahrzehntelangem Kampf durchgesetzt worden. Die Erfolge der Sozialdemokraten in der Gemeindearbeit erklären sich einfach dadurch, daß die Regelung der täglichen Dinge, die den Menschen umgeben, zu den ureigensten Aufgaben jedes Sozialisten gehört.

Das Gegenplakat und gleichzeitig das Standardplakat der CDU bzw. der von ihr geführten Wahlgemeinschaften zeigt einen großen roten Schlüssel mit einem SPD-Abzeichen als Schlüsselbart. "Keinen roten

"Schlüssel mehr zu den Rathäusern" heißt der Text dazu. Der bekannte Demokrat Hugo Preuss schrieb bereits am 5.2.1909 im "Berliner Tageblatt" über die Gehaltlosigkeit der bürgerlichen Kommunalpolitik folgendes:

"Hand in Hand mit der praktischen Betätigung der Sozialdemokratie in der Gemeinde geht eine sich immer weiter entfaltende kommunalpolitische Literatur. Zu unterst die Agitationsliteratur, die neben kleinen kurzen und gemeinverständlich gehaltenen Heftchen die Masse über die kommunalpolitischen Probleme aufzuklären sucht. Es wäre zu wünschen, daß auch die Wähler der beiden oberen Klassen, die ja noch das Heft in der Hand haben, öfter diese Heftchen zur Hand nehmen. Wollte man unsererseits eine solche aufklärende Agitationsliteratur schaffen, so ist mir zweifelhaft, ob sich geeignete Verfasser, ganz unzweifelhaft, daß sich in bürgerlichen Kreisen keine Leser finden würden".

Interessant sind auch die Wahlversammlungen. Während die Versammlungen der SPD, die sich mit sachlichen Kommunalfragen beschäftigen, durchweg gut besucht sind, ist der Besuch der CDU-Versammlungen sehr schlecht.

Der Bürger hat ein feines Gefühl für Sachlichkeit und Ehrlichkeit. Das zeigte sich Anfang dieses Jahres schon bei den Kommunalwahlen in Bayern und Hessen, das zeigte sich im vergangenen Monat bei den Kommunalwahlen in Lindau am Bodensee. Bei allen drei Kommunalwahlen konnte die SPD eindrucksvolle Erfolge verzeichnen.

Auf die große Politik werden die Kommunalwahlen am 9. November nicht ohne Einfluß sein, denn die Partei, die die Rathäuser besitzt, hat Aussicht, früher oder später auch den Staat entscheidend zu beeinflussen.

+ + +

Soll Kulturkampfstimmung erzeugt werden ?

H-r. Wenn sich die Stuttgarter Regierung jüngst entschließen mußte, gegen einen katholischen Geistlichen aus der Bodenseegegend Strafantrag wegen schwerer Beleidigung zu stellen, so ist das nur eines der vielen Zeichen jenes hemmungslosen Kampfes, den manche Wortführer der CDU im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen als Ablenkungsmanöver begonnen haben. Es kommt nicht von ungefähr, daß

der Mann, der nun nach sorgfältigen Ermittlungen verklagt wurde, den Ministerpräsidenten Reinhold Maier in einer Predigt als Banditen bezeichnete und den verstorbenen Parteiführer der SPD, Dr. Kurt Schmacher, einen Lumpen nannte. Auch aus anderen Orten mehren sich die Angaben über solche Beschimpfungen von der Kanzel, und es läßt sich nicht leugnen, daß der Ton, der hier so brutal zu vernehmen ist, nicht zuletzt durch jene ruhigeren, differenzierteren, aber darum nicht minder bedenklichen Reden hervorgerufen ist, die wir in jüngster Zeit von hohen kirchlichen Stellen vernehmen.

In Freiburg ist vor kurzem Erzbischof Dr. Rauch selbst in einer öffentlichen Kundgebung auf die Rednertribüne gestiegen, um - wie es auf den Plakaten hieß - "für Wahrheit und Recht" zu sprechen, d.h. um für die sofortige Einführung der Bekenntnisschule im neuen Land Baden-Württemberg zu plädieren. Geflissentlich wird die kulturpolitische Entwicklung der letzten hundert Jahre ignoriert; es wird verschwiegen, daß in Baden die Simultanschule (christliche Gemeinschaftsschule) seit neunzig Jahren eingeführt ist und dem konfessionellen Frieden diene. Auch die badische Zentrumspartei erkannte häufig die guten Wirkungen der Simultanschule an und hat auch nach 1918, als sie maßgebenden Einfluß auf die badische Regierung und Gesetzgebung gewann, nie versucht, diese Schulform zu ändern. Das müßte gerade Herr Leo Wohleb, der vor seinem Abgang nach Portugal laut verkündete, daß er auch künftig unermüdet für die Wiederherstellung Altbadens und seiner Einrichtungen kämpfen werde, rückhaltlos anerkennen.

In den letzten Jahren haben sich aber Kräfte bemerkbar gemacht, die alles "Liberale" aus der Schule verdrängen wollen und darum jetzt auch den Eindruck erwecken, daß die religiöse Unterweisung der Jugend gefährdet sei. Es sei notwendig, alle Wissensgebiete mit dem Geiste einer einheitlichen Weltanschauung zu durchdringen. Dies betonte auch der Freiburger Erzbischof. Die Mehrheit der Bevölkerung kann aber die Notwendigkeit einer solchen "weltanschaulichen Durchdringung" weder bei naturwissenschaftlichen noch bei sprachlichen Fächern erkennen und schätzt gerade hier die Objektivität. Sie erkennt aber sehr genau, daß dieses kulturelle Thema gerne aufgeführt wird, um von schweren Schäden im öffentlichen Leben, vor allem von der verfehlten Wirtschafts- und Außenpolitik abzulenken und eine entsprechende Reaktion zu verhindern. Nicht die religiöse Unterweisung der Jugend ist in Gefahr, sondern die soziale Sicherheit. Man soll also nicht Wind säen und bei den kritiklosen Mitläufern, zu denen der beklagte Pfarrer gehört, eine Kulturkampfstimmung erzeugen, die von allen anderen Volksteilen abgelehnt wird und bei den kommenden Wahlen keine verlorene CDU-Position retten kann.